



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/IX/110 - 14.5.54  
Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Telefonnummer 21831-33

Fernschreiber 039890

Kraftloser Bundestag	S. 1
Neofaschistische Aktivität in Italien	S. 3
Rückwirkungen des BHE-Parteitages in Schleswig-Holstein	S. 5
Ukrainischer Flüchtling verschleppt	S. 7

## Sorge um den Parlamentarismus

O.H. Verschiedene seit Anfang dieses Jahres im Bundestag gemachte Beobachtungen lassen ernstliche Bedenken um den wahren Parlamentarismus in der Bundesrepublik aufkommen. Allein der Ausgang der Wahl vom 6. September vorigen Jahres mit der allzu einseitigen Gewichtsverlagerung barg die Gefahr eines Mißbrauchs der Macht in sich. Die Änderung des Grundgesetzes im Sinne des EWG- und des Generalvertrages im Februar des Jahres war der erste krasse Fall dieses Machtmißbrauchs durch die Regierungsmehrheit. Eine gefährliche Fortentwicklung dieser Tendenz in Richtung einer Erschütterung der Grundprinzipien des Parlamentarismus wurde jedoch bei den kürzlich stattgefundenen Haushaltsberatungen und bei der großen außenpolitischen Debatte sichtbar, und zwar sowohl im Zusammenwirken von Regierung und Koalitionsparteien als auch durch bedenkliche Praktiken einzelner Mitglieder des Bundestagspräsidiums.

Die überragende Stellung der Regierung Adenauer hat dazu geführt, daß der Bundestag die ihm nach den Geßflogenheiten der parlamentarischen Demokratie zustehende Führungsrolle nicht wahrnehmen kann, ja angesichts der Ergebnisheit der Koalitionsparteien gegenüber der Regierung gar nicht wahrnehmen will. Wie weit diese Entwicklung bereits fortgeschritten ist, zeigte sich, als die Koalitionsparteien die der Regierung unangenehme gesonderte Behandlung der Fragen betreffend die Saar, Montan-Union und die

Souveränität der Sowjetzone auf höhere Weisung unmöglich machten, auf ihr in den Beschluß vom 2.7.1953 in der Saarfrage festgelegtes Kontroll- und Weisungsrecht verzichteten und der Regierung freie Hand gaben.

Noch klarer wurde die Rolle des Bundestages als verlängerter Arm der Regierung bei den Haushaltsberatungen sichtbar. Der Weisung des Bundesfinanzministers, an den Staatshaushalt nicht zu rütteln, wurde gehorsam Folge geleistet. Die in jeder echten parlamentarischen Demokratie als Generalabrechnung des Parlaments mit der Regierung geltende Haushaltsdebatte mußte angesichts dieser unterwürfigen Rolle der Mehrheitsparteien flau und langweilig ausfallen. Ein Kapitel für sich ist hierbei die gegenüber der Opposition zutage getretene Unduldsamkeit. Es ist ein schlimmes Zeichen, wenn der Bundeskanzler sich zur Beantwortung einer geschäftsordnungsmäßig durchaus zulässigen Frage eines Abgeordneten der Opposition erst bereit findet, nachdem er belehrt wurde, daß er zur Beantwortung der Frage verpflichtet ist. Diese im Interesse des Parlamentarismus gegebene Belohnung des Kanzlers kam aber bezeichnenderweise von dem einzigen sozialdemokratischen Vizepräsidenten des Bundestages.

Nicht ohne Sorge kann die Einstellung der anderen Mitglieder des Bundestagspräsidiums betrachtet werden. Wenn zum Beispiel der Präsident des Bundestages, Dr. Ehlers, in den Bemühungen, die Beratungen schnell voranzutreiben, so weit geht, daß er dem Bundestag den Verzicht auf eine eingehende Behandlung bzw. auf die Begründung einer Sache suggeriert oder indem er einen Abgeordneten der Opposition in ironischer Weise nahelegt, eine mündliche Stellungnahme zu unterlassen und seine Rede nur zu Protokoll zu geben, "um sie so der Geschichte zu erhalten", so kann sich bei einer solchen schulmeisterlichen Einstellung des Präsidenten eine schwingvolle Debatte selbstverständlich nicht entfalten. Nicht weniger bedauerlich waren in der letzten Zeit mehrere geschäftsordnungsmäßige Fehlentscheidungen des Vizepräsidenten Dr. Schneider, die - ob durch mangelnde Übersicht über die Geschäftsordnung verursacht oder nicht, sei dahingestellt - sich in der Praxis immer gegen die Opposition auswirkten.

Und noch eine betrübliche Erscheinung sei erwähnt, die den Bundestag veranlassen sollte, auf die Stärkung seiner Autorität bedacht zu sein: Die manchmal schon bis zur Unerträglichkeit gestiegene Anmaßung der Ministerialbürokratie. Sie äußert sich sowohl in der Behandlung der Abgeordneten im einzelnen als auch in Verkehr mit den Einrichtungen des Bundestages. Ist es nicht bezeichnend, wenn in einer Ausschusssitzung die Ministerialbeamten die Hauptplätze besetzen und die erst kurz vor Beginn der Sitzung erscheinenden Abgeordneten auf die Nebenplätze zurückgedrängt werden?

Man sage nicht, daß Einzelheiten dieser Art nicht überbewertet werden dürften. Es geht hier nicht um die mehr oder weniger bedeutsamen Einzelfälle, wichtig ist vielmehr, daß durch die Summierung eine gefährliche Strömung sichtbar wird, die rechtzeitig erkannt und der mit dem nötigen Nachdruck entgegengetreten werden muß.

Faschisten fabrizierten politische "Dossiers"

j.k. - Rom, Mitte Mai

Die große Mailänder Wochenschrift "Oggi" (Heute) veröffentlichte in ihrer letzten Ausgabe einen Briefwechsel zwischen Churchill und Mussolini, der schon deswegen Aufsehen erregte, weil seit Jahren behauptet wurde, Sir Winston Churchill habe sich sofort nach Kriegsende bemüht, dieses Aktenstück zu erwerben. Seine Schamucht nach Mussolinis Dossier "Briefwechsel mit Churchill" wurde damit erklärt, daß Churchills Briefe für ihn selbst belastend seien; er habe darin versucht, Mussolini für die Seite des Westens zu gewinnen und Versprechungen verschiedener Art gemacht.

Für das Dossier zahlte die Direktion des "Oggi" dem Manne, der es in Händen hielt, eine sehr stattliche Summe. Dann ließ sie die einschlägigen Regierungsstellen wissen, sie sei nun im Besitze der grossen Sensation. Die Ministerien ersuchten um möglichst vorsichtige Behandlung des heiklen Materials, um außenpolitische Komplikationen zu vermeiden und vor allem, um den Faschisten keine Gelegenheit zu allzu heftigen Angriffen auf die britische Regierung und ihren Chef Churchill zu bieten.

Wenige Tage nach Erscheinen des sensationellen Briefwechsels jedoch änderte sich die Situation vollständig, denn vier Sachverständige erschienen auf dem Plan, die allesamt - obwohl sie durchaus nicht miteinander befreundet sind oder politisch am gleichen Strick ziehen - mit Bestimmtheit die veröffentlichten Dokumente als Fälschungen bezeichneten. Bereits einige Wochen zuvor hatte ein pro-faschistischer Autor einen anti-faschistischen Politiker auf wüste Weise angegriffen und sich dabei auf -allerdings andere- Dokumente aus Mussolinis angeblicher Hinterlassenschaft gestützt; der Angreifer war Giovanni Guareschi, der Verfasser von "Don Camillo und Peppone", der Angegriffene der frühere Ministerpräsident Alcide de Gasperi - und das Beweismaterial wurde vor einem Mailänder Gericht als Fälschung gekennzeichnet.

Der erste, der Churchills angebliche Briefe an Mussolini als plumpe Fälschung bezeichnete, war Churchill selbst. Stände er mit seiner Behauptung und Beweisführung allein, so könnte eingewendet werden, daß er ja das größte Interesse daran habe, die Korrespondenz als nicht existent zu bezeichnen. Doch auch Sir Percy Lorraine, damals britischer Botschafter in Rom, beweist, daß die Briefe nicht echt sein

können, und zu ihm gesellt sich als dritter Dino Grandi, zu Beginn der faschistischen Ära Mussolinis Außenminister, später sein Botschafter in London und 1943 einer jener führenden Faschisten, die sich für Beendigung des Krieges und Absetzung des "Duce" aussprachen.

Grandi weist auch darauf hin, daß der Fälscher nicht einmal in der Lage war, wirklich einwandfreies Englisch zu schreiben - und ein so erstrangiger Schriftsteller wie Churchill hätte sich zu keiner Zeit Sprachschnitzer erlaubt. Er weist ferner darauf hin, daß die Texte Wendungen enthalten, die im diplomatischen Verkehr höchst ungebräuchlich sind, und den gleichen indirekten Beweis führt - neben anderen, die sich aus Widersprüchen ergeben - der bedeutendste italienische Sachverständige für die "Geschichte der Diplomatie", Professor Mario Toscano.

Es ist nicht bekannt, ob auch Don Camillos geistiger Papa Guareschi eine freundliche Summe für die Briefe zahlte, mit deren Hilfe er de Gasperi attackieren zu können hoffte - er hatte nicht einmal die Originale in der Hand - bekannt aber ist, daß eine ganze Reihe politisch verwendbarer "Dokumente" angeboten wurden und werden. Sehr wahrscheinlich sind die Verkäufer nicht identisch mit den Fälschern, und es wäre sogar denkbar, daß sie bis zu einem gewissen Grad betrogene Betrüger sind. Es ist nämlich durchaus möglich, daß sie glaubten, echte Dokumente erobert zu haben, als sie im Durcheinander des faschistischen Zusammenbruchs in den Besitz jener eigenartigen Dossiers kamen.

Denn vieles spricht dafür, daß die faschistische Regierung einen, allerdings nicht gerade erstklassigen Fälscherbetrieb eingerichtet hatte, sei es als Mussolini noch in Rom residierte, sei es später, als er in Oberitalien seine kurzlebige norditalienische Republik - nach der damaligen "Hauptstadt" die Republik von Salò genannt - gegründet hatte. So wie die Nazis Fälschungen ausländischer Banknoten herstellen ließen, so scheint Mussolini - oder einer seiner Palladine - eine Werkstatt für Dokumente und Briefe unterhalten zu haben, die während des Krieges oder nach seinem Ende gegen politische Gegner ausgespielt werden könnten. Nach dem Reinfall in Guareschi-Prozeß und dem Gutachten der vier Kenner in Sachen des Churchill-Briefwechsels dürften die Preise auf dem Dokumentenmarkt stark nachlassen. Eine freundliche Einnahmequelle ist versiegt. Die Chancen politischer Erpresser haben sich verringert, und wenigstens diese Waffe der Liebhaber totalitärer Systeme ist schartig geworden.

+ + +

### Ein Stern im Verblässen

Kraft - auch in Schleswig-Holstein eine Größe von gestern

Aus Schleswig-Holstein wird uns geschrieben:

"Ein klares Bild von einer Partei gewinnt man nicht aus ihrem Programm". Diese ahnungsvollen Worte sprach der bisherige 1. Bundesvorsitzende des BHE, Waldemar Kraft, am 27. September 1950 vor einem größeren Kreis im Hamburg-Wintchuder Fährhaus. Bei dieser Klarheit über die Programmlosigkeit, d.h. den Unvermögen der Flüchtlingspartei, aus eigener geistiger Schöpfungskraft staatspolitische Vorstellungen zu konkreten innen- und außenpolitischen Zielsetzungen zu gestalten, ist es bis zum heutigen Tage geblieben. Daher gleicht der Bielefelder Parteitag des BHE einem tausendkerzigen Scheinwerfer, der das Nichtvorhandensein von eigengewachsener Gestaltungskraft bei einer politischen Partei lediglich einmal mehr, allerdings überdeutlich, sichtbar machte. Er rückte in ebenso grelles Licht die daraus resultierende Konsequenz, daß im klügergewordenen Nachkriegsdeutschland eine jede politische Gruppenbildung zwar nicht ausschließlich am fehlenden Parteiprogramm, jedoch am Mangel konkreter und umfassender gesellschafts- und staatspolitischer Ideen scheitert. Der Nimbus des Namens eines Parteigründers allein stellt auf die Dauer nicht die Kraft dar, die die ersten Anhänger zusammenhält und neue an sich zieht.

Diese Erkenntnis dank dem Bielefelder Parteitag wird besonders lebhaft in Ursprungsland der Flüchtlingspartei, in Schleswig-Holstein, diskutiert. Von hier war der jetzt gescheiterte bisherige Bundesvorsitzende 1950 ausgezogen, um "eine Partei völlig neuen Typus" in die politische Arena und zum Siege zu führen. Mit der enggefaßten Parole, die großen Parteien hätten bei der Eingliederung der Vertriebenen in der Bundesrepublik versagt, wurde 1950 in Schleswig-Holstein von BHE ein aufsehenerregender Wahlsieg errungen. Ihm schlossen sich in anderen Bundesländern bemerkenswerte Erfolge an. In drei Ländern, in Schleswig-Holstein, Bayern und Niedersachsen wurde der BHE Regierungspartei.

### Verwurf der CDU-Hörigkeit

Mit der Namensänderung in "Gesamtdeutscher Block" sollte gleichzeitig von der "kleinen" Nurinteressenpolitik in die "große" Innen- und Außenpolitik hinübergewechselt werden. Daß hierbei der "Block" lediglich die Rolle eines Schleppenträgers der CDU erhielt, machen gerade die schleswig-holsteinischen BHE-Führer und -mitglieder neben anderen Landesverbänden jetzt Waldemar Kraft zum ersten Vorwurf. Innerhin liegt seitens der früheren Anhängerschaft eine gewichtige Quittung vor: Über die Hälfte der BHE-Wähler bei der schleswig-holsteinischen Landtagswahl 1950 versagte am 6. September 1953 Herrn Kraft die weitere Gefolgschaft. Sehr offenerzig wird auch ausgesprochen, die "bedeutungslose DP" habe in Bonn zwei "richtige" Ministerien in der zweiten Regierung Adenauer erhalten. Kraft habe "den doch stärkeren BHE zu billig an Adenauer verkauft", indem er nur ein echtes Ressort für seine Partei eingehandelt habe. In Bielefeld sei man keineswegs mit Krafts Hinweis zufrieden gewesen, er würde demnächst nicht nur Bundesminister ohne Geschäftsbereich sein, sondern als "Minister für die Zonengrenzgebiete" praktisch über ein reales Ressort mit entsprechendem Apparat verfügen.

Wenn bereits seit längeren die bedingungslose Zustimmung Krafts zu den deutsch-alliierten Verträgen den BHE stark erschütterte, so

hat seine mit dem Kanzler übereinstimmende Abschreibung des Saargebietes den ohnehin labilen BHE endgültig auseinander gerissen. Kraft hat allerdings entgegen den Bielefelder Vereinbarungen - vor der Presse selbst zugegeben, die Klärung "gewisser Grundsatzfragen" sei auch auf einem weiteren Parteitag nicht möglich gewesen.

#### Die Saar und die Oder-Neiße-Linie

Zu diesen ungeklärten Grundsatzfragen gehörten nach Aussagen schleswig-holsteinischer Teilnehmer am Bielefelder Parteitag die Teilnahme des BHE an der Bonner Koalition, die Zustimmung zum General- und EWG-Vertrag und die präjudizierende und daher die Rückgewinnung der deutschen Ostgebiete gefährdende zustimmende Haltung Krafts zur Europäisierung des Saargebietes. Verschwiegen habe bedauerlicherweise Kraft die Opposition seiner bisherigen Anhängerschaft gegenüber den Teil seiner Parteitagrede, wo er von der Bedeutungslosigkeit von Jahreszahlen im Zusammenhang mit den deutschen Grenzen im Westen und Osten sprach. Das Aufgeben der Jahreszahl 1937, bis dahin von allen deutschen Parteien als unverrückbare Markierung des deutschen Gebietsstandes im Osten anerkannt, sei zuerst nicht von allen Delegierten in seiner ganzen Gefährlichkeit erkannt worden. Erst nach der Rede Krafts ist dann weiterdenkenden Funktionären die Parallele zur Adenauerschen und Kraftschen Saarpolitik aufgegangen. Dem Sowjetblock deutlich zu verstehen geben - dazu noch aus dem Munde des verantwortlichen Sprechers eines Teiles der aus dem Osten Vertriebenen - der BHE würde "aus realpolitischen Gründen" bei späteren Verhandlungen nicht für die Wiederherstellung des ostdeutschen Besitzstandes in den Grenzen von 1937 eintreten, ging auch BHE-Anhängern zu weit.

#### Niedergeschlagenheit und Enttäuschung

Wenn Kraft jetzt feststellt, es habe in Bielefeld eine allgemeine, gegen ihn gerichtete Mißstimmung geherrscht, so muß die damit sichtbar gewordene offene Ablehnung der nunmehr auch von Kraft zur deutschen außenpolitischen Maxime erhobenen Vorleistungspolitik dankbar anerkannt werden. Trotzdem sollte Herrn Kraft in Bielefeld noch einmal eine goldene Brücke gebaut werden. Man hoffte, die Mißtrauenskundgebung gegen seine engste Mitarbeiterin, die Gräfin Finkenstein, würde von Kraft als ein Warnschuß vor den Bug seiner Adenauer-hörigen Politik verstanden werden, um ihn dann als Vorsitzenden eines selbständigen BHE mit einer eigenen Linie wieder annehmbar zu machen. Aber Kraft hat die ihm gebaute "goldene Brücke" nicht betreten, weil er einsehen mußte, daß in Bielefeld außer der Gräfin Finkenstein noch fast sämtliche übrigen Pfeiler seiner höchst persönlichen Politik eingestürzt waren.

Tiefe Niedergeschlagenheit, Enttäuschung über Kraft und vorsichtiges Abtasten anderweitiger beruflicher und politischer Möglichkeiten sind das hervorstechendste Merkmal der gegenwärtigen Haltung der maßgeblichen BHE-Kreise in der ehemaligen Hochburg Schleswig-Holstein. Wie sagte Kraft 1950: "Es ist ja keine Erfindung von mir, daß das deutsche Volk sich längst von den anderen Parteien innerlich abgewandt hat, die es nur noch aus Gewohnheit wählt" ?

Nun, es war keine böse Erfindung des deutschen Volkes, Herrn Kraft und seine Partei auch aus Gewohnheit nicht mehr zu wählen.

+ + +

Sozialistischer Emigrant verschleppt

(sp) Am 26. April 1954 erklärte der Innenminister der sowjetisch besetzten Zone, daß ein Mitglied der Ukrainischen Sozialistischen Partei, Josef Krutij, um Asyl in der Sowjetzone Deutschlands gebeten habe. Der Sekretär der Ukrainischen Sozialistischen Partei in London hat gegen diese lügenhafte Darstellung protestiert und das kommunistische Regime beschuldigt, Josef Krutij aus Westberlin entführt zu haben.

Josef Krutij ist 73 Jahre alt und gehörte seit 50 Jahren der Ukrainischen Sozialistischen Partei an. Seit 1920 lebte er in Ausland, vorwiegend in Österreich und Deutschland. Die letzten drei Jahre war er in München als Gärtner beschäftigt und ernsthaft erkrankt (angina pectoris), eine kurze Zeit verbrachte er in Berlin, wo er sich aber nicht sicher genug fühlte und daher nach Westdeutschland zog. Als er seine Frau jetzt in Berlin besuchte, gelang den Kommunisten die Entführung, die ihnen dadurch erleichtert wurde, daß Krutij taub ist. Es ist ganz ausgeschlossen, so betont der Sekretär der Ukrainischen Sozialistischen Partei, daß Krutij sich freiwillig dem sowjetischen Regime zur Verfügung gestellt habe. Höchstwahrscheinlich ist diese Lüge als Antwort auf die Reihe der führenden MVD-Agenten zu betrachten, die sich in den letzten Wochen und Monaten in Europa und Australien von kommunistischen Terrorapparat losgesagt haben.

+ + +

Das Ostbüro der SED teilt mit:

Vopo sucht Kader der ehemaligen "Wehrmacht":

Da die seit Anfang dieses Jahres laufende Werbekampagne für die kasernierte Volkspolizei (KVP) nicht den gewünschten Erfolg hat, hat die Leitung der ZVP befohlen, auf Bezirksbasis mit der Bildung von Sonderkommissionen zu beginnen. Die Sonderkommissionen haben die Aufgabe, an ehemalige Offiziere, Unteroffiziere und Berufssoldaten heranzutreten und ihnen den Eintritt in die KVP schmackhaft zu machen. Geboten wird die Einstellung im alten Dienstrang mit Aussicht auf Beförderung innerhalb von drei Monaten.

x

Betriebskollektiv-Vertrag abgelehnt

Die Arbeiter des "volkseigenen" Betriebes TEWA in Halle haben auf einer Betriebsversammlung einstimmig den Betriebskollektiv-Vertrag für das Jahr 1954 abgelehnt. In dem Vertrag war die "Abstellung" von 15 Belegschaftsmitgliedern in die KVP sowie die Subventionierung der para-militärischen "Gesellschaft für Sport und Technik" mit 2.600 Mark aus Betriebsmitteln vorgesehen, die aus dem Sozialfonds genommen werden sollten. Die Arbeiter beharrten auf ihrer Ablehnung auch, als die SED drohte, sie wolle Widersetzliche als "Agenten des Klassenfeindes" entlarven.

+ + +

---

Verantwortlich: Peter Rannau